



Haushaltsrede 2008 am 11. März 2008
des Vorsitzenden der FDP-Fraktion im Rat der Stadt Rheine
Alfred Holtel

Sehr verehrte Frau Bürgermeisterin, meine sehr geehrten Damen und Herren!

In den vergangenen Jahren, besonders bis 2005, waren die durch die Rot-Grüne-Koalition verursachten, mangelhaften Schlüsselzuweisungen des Landes einerseits und die konjunkturell bedingten schwachen Einnahmen aus der Gewerbesteuer andererseits, die kritischen Punkte bei den Haushaltsbetrachtungen. In Bezug auf diese beiden Aspekte, hat uns für 2008 ein warmer finanzieller Regen erreicht.

Seit 2006 sind die Schlüsselzuweisungen kontinuierlich von 17 Mio. Euro über 24 Mio. Euro in 2007 **auf 28,7 Mio. Euro für 2008 gestiegen**. Mit der Rückzahlung der zuviel gezahlten Beiträge „Aufbau Ost“ fließen **noch einmal 2,3 Mio. Euro** in den Stadtsäckel.

Auch der Landschaftsverband Westfalen-Lippe und der Kreis Steinfurt sind bei der Abschöpfung der kommunalen Finanzen in 2008 zurückhaltender geworden. Die Frage ist allerdings, ob der LWL nicht trotzdem weiter die Bezeichnung „Abkassierer“ verdient. Die kommunale Familie in Westfalen **zahlt 2008 immerhin noch 64 Mio. Euro mehr an den LWL als im Vorjahr**, also eine Erhöhung um fast 5 %, obwohl 2009 dem Landschaftsverband durch den Verkauf der RWE-Aktien 230 Mio. Euro zufließen werden.

Sowohl durch den **gemeinsamen Druck der Bürgermeisterinnen und Bürgermeister** im Kreis Steinfurt, als auch durch den Druck vieler Kommunalpolitiker auf die Kreistagsfraktionen, haben Kreisverwaltung und Mehrheitsfraktion doch noch erkannt, dass es keineswegs bürgerfreundlich ist, **in Fortsetzung der Haushaltspraxis aus 2007 noch mehr Euro einzusammeln und auf die „Hohe Kante“ zu legen**. Trotz der Senkung der Kreisumlage sollten ursprünglich die Städte und Gemeinden in 2008 mit 149 Mio. Euro fast 10 % mehr an den Kreis zahlen als noch im Vorjahr.

Aktuell soll die Kreisumlage auf 32,4% und die Verschuldung des Kreises um 1,5 Mio. Euro gesenkt werden. Bedauerlicherweise sind aber **sowohl die Umlagesenkung als auch die Entschuldung falsch finanziert!** Die Umlagesenkung wird nur zum Teil aus tatsächlichen Überschüssen finanziert, ein Drittel der Umlagesenkung resultiert aus Buchungstricks im Sozialhaushalt. Außerdem wird die Entschuldung überhaupt nicht ertragswirksam gegenfinanziert, sondern es werden nur **vorhandene liquide Mittel aus notwendigen Rückstellungen zur Schuldentilgung eingesetzt**. Der Haken daran ist, dass die fehlende Liquidität zu einem Zeitpunkt wieder aufgebaut werden muss, zu dem das Geld tatsächlich gebraucht wird. – **Und dies hat dann entweder eine Erhöhung der Kreisumlage oder eine erneute Neuverschuldung zur Folge**. Eine solide finanzierte Gemeindefreundlichkeit kann nur durch eine tatsächliche Senkung der Aufwendungen erreicht werden.

Leider deutet die aktuelle Diskussion um das Kreisentwicklungsprogramm in eine andere Richtung. Der Kreis ist nicht nur Impulsgeber, **sondern er beabsichtigt, erhebliche finanzielle und personelle Ressourcen** in die Kreisentwicklung einzubringen. Wir sind jedoch der Meinung, dass viele Punkte des KEP in den Wirkungsbereich der Städte und Gemeinden fallen und dort politisch zu lösen sind – entweder durch die Städte und Gemeinden allein oder **durch interkommunale Zusammenarbeit**. Wir nehmen die Subsidiarität zwischen dem Kreis und seinen Kommunen ernst, sodass durch Selbsteinschränkung auf der Kreisebene auch in Zeiten guter Einnahmen echte Kommunalfreundlichkeit gezeigt werden kann.

Wir sind in der Stadt Rheine auf einem guten Weg, die Finanzprobleme der Vergangenheit zu lösen: **in intensiver Kleinarbeit haben fast alle Fraktionen** in der Struk-

tur- und Finanzkommission den städtischen Haushalt intensiv nach der Devise durchforstet „Kleinvieh macht auch Mist“!

Dank der gemeinsam entwickelten Ziele und aufgrund der konstruktiven Zusammenarbeit war diese Arbeit erfolgreich und muss deshalb unserer Meinung nach auch schwerpunktmäßig fortgesetzt werden. Bedingt durch die Altersstruktur der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter in der Verwaltung, aber auch durch die neu geschaffenen Möglichkeiten der Altersteilzeit, **zeichnen sich deutliche Abgänge aus dem Personal der Stadtverwaltung ab.** (Unsere Forderungen aus den Haushaltsreden 2005 und 2006!) Natürlich sollen **hier überwiegend Stellen eingespart werden**, gleichzeitig bietet dieser Personalumbau aber **auch Entwicklungsmöglichkeiten** für die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter mittleren Alters in der Stadtverwaltung.

Nachdem sich inzwischen die Personalveränderungen für die nächsten Jahre deutlich abzeichnen, ist hier in mehrfacher Hinsicht Handlungsbedarf geboten:

1. Mittelfristig erwarten wir klare Aussagen der Personalverwaltung über künftig einzusparende Stellen.
2. Des Weiteren deutliche Aussagen in Bezug auf Wiederbesetzungsplanungen, um durch Personalentwicklungsmaßnahmen faire Aufstiegschancen für die heute beschäftigten Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter zu ermöglichen.
3. Gleichzeitig sollen die finanziellen Leistungen des Altersteilzeitgesetzes (ATG) voll ausgeschöpft werden, um den Personaletat zu entlasten.
Dieses Verfahren eröffnet natürlich in der Kette auch Planungssicherheit für die gezielte Übernahme von Auszubildenden.

Bei konsequenter Nutzung dieser Chancen könnten die Personalkostensteigerungen in 2008 in dem vorgegebenen Rahmen gehalten werden. (Die zu erwartenden tariflichen Steigerungen dürften sich eher zwischen 4 und 5% als bei dem Planungsansatz von 2,9 % bewegen.)

Gebühren und Steuern für die Bürgerinnen und Bürger

Die Bürgerinnen und Bürger von Rheine sind in den letzten Jahren hinsichtlich der vor uns liegenden Aufgaben zur Kasse gebeten worden. **Aufgrund der trostlosen**

Einnahmen (Schlüsselzuweisungen in 2005 und 2006) hat die FDP die Erhöhung der Grundsteuer B mitgetragen, die eine maßgebliche Einnahme der Stadt neben der Gewerbesteuer ist. Wir dürfen folglich nicht das zurückhaltende Konsumverhalten der Bürgerinnen und Bürger kritisieren; denn wer weniger im Portemonnaie hat, kann auch nicht mehr konsumieren. **Eine weitere Steigerung der städtischen Steuern und Gebühren ist deshalb nicht möglich!** – im Gegenteil, im Interesse aller Bürgerinnen und Bürger sind die **städtischen Gebühren für Regenwasser, Straßenreinigung und Müllabfuhr auf den Prüfstand zu stellen.**

Außerdem fordert die FDP Rheine für die Jahre 2009 – 2012 bereits heute eine Rücknahme der Grundsteuererhöhung B aus dem Jahre 2006. Die aktuelle Diskussion um Baulandpreise und eine bessere Wohnungsbauförderung zeigt, dass sich alle Fraktionen gemeinsam bemühen müssen, unsere Baugebiete in Rodde, Gellendorf und Elte, aber auch in Dutum, Mesum und Hauenhorst, für Familien aus dem Rheinenser Umland attraktiver zu gestalten. In dieser Hinsicht ist auch die Grundsteuer B eine entscheidende Einflussgröße, und zwar nicht nur bei Einfamilienhäusern, sondern auch bei Mietwohnungen, wo sie Bestandteil der Nebenkosten – der zweiten Miete – ist.

Da mit der Umlage der Planungskosten zusätzliche Einnahmen erzielt werden, kann hier die abgesenkte Grundsteuer B gegenfinanziert werden.

Meine sehr geehrten Damen und Herren,
lassen sie mich jetzt kurz auf die einzelnen Fachbereiche eingehen:

Wie bereits in den Vorjahren, so haben wir **auch in 2008 im Fachbereich 1 noch einmal zusätzlich in Bildung und Kultur investiert.** Die neue Stadtbibliothek ist fertig gestellt, und die Übermittagsbetreuung in den Grundschulen ist bis auf die Bodelschwingh-Schule und Ergänzungen an der Michael- und Edith-Stein-Schule sichergestellt.

Die Bau- und Einrichtungsmaßnahmen für die Ganztagsbetreuung in der Elisabeth-, Overberg- und Don-Bosco-Schule stehen 2008/2009 auf der Agenda.

Die Planungen für eine Sanierung und Erweiterung sowie für eine Übermittagsbetreuung am Kopernikus-Gymnasium sind angestoßen. Außerdem hat auch das Emsland-Gymnasium dringenden Nachholbedarf.

Wenn der Kreis Steinfurt nicht bereit ist, seinen Anteil an den beiden – jetzt noch städtischen – Berufskollegs deutlich zu erhöhen, wird die FDP die Kündigung der Verträge mit dem Kreis Steinfurt beantragen, damit die Investitionsmöglichkeiten in die Rheinenser Schulen optimiert werden können. Wir wollen keine Schlechterstellung der Berufsschulen in Rheine gegenüber den Schulen in Ibbenbüren und Steinfurt dauerhaft festschreiben.

Im Rahmen dieser aktuellen Diskussion möchte ich auch die Forderung des Rheinenser Berufskollegs anmerken, eine Mehrfachturnhalle für die Schülerinnen und Schüler dieser Schule zu errichten.

Mit der Planung und dem Bau der Dreifachturnhalle in 2009 / 2010 wird für die Euregio-Gesamtschule der Schulsport erheblich verbessert. Allerdings sind die Vereine mit vereinseigenen Sportanlagen bisher auf der Strecke geblieben. Hier besteht dringender Handlungsbedarf: **Die Einnahmen aus der Sportstättenbenutzungsgebühr**, die aller Voraussicht nach ab 2009 erhoben werden soll, sind wegen des **großen Nachholbedarfs komplett dem Sport zurückzugeben**, und zwar für die Erhöhung der Betriebskostenzuschüsse einerseits und für dringend notwendige Investitionen in die Vereinsanlagen andererseits.

Seit 2005 hat die FDP Rheine den Aspekt „kostengünstiger Straßenausbau“ thematisiert. Ob Hainbuchen- oder Ibisweg, Sandhaar- oder Weitkampstraße, oder auch beim Ausbau der Sandhövel- und der Königeschstraße gab es keine Alternativvorschläge zum Straßenausbau, obwohl die Bodenbeschaffenheit in Rheine - und nicht nur in Neuenkirchen - eine Muldenversickerung des Regenwassers möglich macht. Seit dem 1. Januar 2008 existiert der Fachbereich 5 nur noch in Teilen. Unsere Forderung zum kostengünstigen und ökologischen Straßenausbau bleibt weiterhin bestehen.

In den vergangenen Jahren haben wir gelernt, mit vielen „**Dr. K. – Projekten**“ zu leben:

- Außerbetriebnahme der Kläranlage am Gertrudenweg
- Bau des Regenrückhaltebeckens an der Pater-Schunath-Straße
- Erweiterung der Kaufmännischen Berufsschule
- die überdimensionale Gebäudeerweiterung am Bauhof mit 563.000 Euro, die eigentlich nur zur Schaffung von Umkleide- und Duschräumen vorgesehen war.

Mit einer Hochwassermauer an der Ems will die FDP keine Graffiti-Übungswand als weiteres Dr. K. - Denkmal bauen. Wir bleiben bei der Ablehnung dieser Maßnahme.

Bei der Verabschiedung des Haushaltes 2006 – am 21.6.2006 – hat die FDP Rheine die Umwandlung des Bauhofes in einen städtischen Eigenbetrieb gefordert. Diese Forderung wurde anschließend gemeinsam mit der CDU-Fraktion als Antrag eingebracht und seit dem 1.1.2008 gibt es die AÖR Technische Betriebe Rheine. Hier erwarten wir Synergieeffekte und Kosteneinsparungen für alle Bürgerinnen und Bürger, sowie für den Haushalt der Stadt Rheine.

Zu den Fachbereichen 3, 4 und 8 geht die FDP Rheine mit den Haushaltsansätzen konform, zum Fachbereich 7 haben wir die Aufgaben im Personalhaushalt bereits deutlich gemacht.

Somit stimmt die FDP-Fraktion dem Haushalt 2008 zu.

Bedanken möchte ich mich im Namen der Fraktion für die Unterstützung aus der Kämmerei, besonders bei Herrn Lütke-meier. Auch bei der diesjährigen Haushaltsdiskussion konnten wir den guten Willen des Kämmers zu einem soliden Haushalt deutlich erkennen.

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.